

Niederschrift

Gremium	Sitzung - VW/004(VII)/20			
	Wochentag, Datum	Ort	Beginn	Ende
Verwaltungsausschuss	Freitag, 17.01.2020	Hasselbachsaal	15:00Uhr	17:15Uhr

Leitung: Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper
Teilnehmer: siehe Anwesenheit

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung

- 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
- 2 Bestätigung der Tagesordnung
- 3 Genehmigung der Niederschrift vom 29. 11. 2019 - öffentliche Sitzung
- 4 Einwohnerfragestunde
- 5 Anträge
 - 5.1 Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66 OR Beyendorf-Sohlen A0208/19
 - 5.1.1 Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66 BE: Beigeordneter für Stadtentwicklung, Bau und Verkehr S0543/19

5.2	Otto meint alle - Geschlechtergerechte Sprache in der Landeshauptstadt Fraktion DIE LINKE	A0209/19
5.2.1	Otto meint alle - Geschlechtergerechte Sprache in der Landeshauptstadt BE: Oberbürgermeister	S0471/19
5.3	Öffnungszeiten BürgerBüro Bördepark ausweiten Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz	A0247/19
5.3.1	Öffnungszeiten BürgerBüro Bördepark ausweiten BE: Beigeordneter für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung	S0500/19
5.4	MVB stärken: Zweite/n Geschäftsführer/in (m/w/d) installieren! Fraktion DIE LINKE/future! (VI. WP)	A0152/19
5.4.1	MVB stärken: Zweite/n Geschäftsführer/in (m/w/d) installieren Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (VI. WP)	A0152/19/1
5.4.2	MVB stärken: Zweite/n Geschäftsführer/in (m/w/d) installieren! BE: Bürgermeister	S0448/19
5.5	Stabile Preise für Bus & Bahn Fraktion GRÜNE/future!	A0156/19
6	Verschiedenes	

Anwesend:

Vorsitzende/r

Dr. Lutz Trümper

Mitglieder des Gremiums

Dr. Falko Grube

Dr. Lydia Hüskens

Hagen Kohl

Ronny Kumpf

Madeleine Linke

Olaf Meister

Oliver Müller

Jens Rösler

Jenny Schulz

Frank Schuster

Wigbert Schwenke

Roland Zander

Geschäftsführung

Andrea Behne

Verwaltung

Dr. Anne Ignatuschtschenko

Öffentliche Sitzung

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper eröffnet die Sitzung und stellt die Beschlussfähigkeit fest.

2. Bestätigung der Tagesordnung

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt den Hinweis auf die in den Fachausschüssen erfolgte Vertagung der Anträge A0208/19 (TOP 5.1) und A0152/19 (TOP 5.5). Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses sprechen sich ebenfalls für eine Vertagung aus.

Die so geänderte Tagesordnung wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bestätigt.

3. Genehmigung der Niederschrift vom 29. 11. 2019 - öffentliche Sitzung

Bezug nehmend auf seinen Hinweis zum TOP 5.2 – A0199/19 – Altes Rathaus – Errichtung eines Museums – hinsichtlich eines möglichen Besichtigungstermins der betreffenden Räumlichkeiten hinterfragt Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, die Benennung eines Termins.

Der Oberbürgermeister informiert, dass die Besichtigung für den 23. 01. 2020 um 13:30 Uhr vorgesehen ist.

Die Niederschrift des Verwaltungsausschusses vom 29. 11. 2019 – öffentlicher Teil – wird von den Mitgliedern des Verwaltungsausschusses bei 1 Enthaltung genehmigt.

4. Einwohnerfragestunde

Zu diesem Tagesordnungspunkt waren keine Bürger anwesend.

5. Anträge

- 5.1. Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66
Vorlage: A0208/19
-

vertagt

- 5.1.1. Anbindung von Beyendorf-Sohlen an die neue MVB-Buslinie 66
Vorlage: S0543/19
-

vertagt

- 5.2. Otto meint alle - Geschlechtergerechte Sprache in der
Landeshauptstadt
Vorlage: A0209/19
-

Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, bezeichnet die Stellungnahme der Verwaltung als positiv.

Der Oberbürgermeister Herr Dr. Trümper gibt den Hinweis, dass bereits Pressemitteilungen und Ausschreibungen unter Beachtung einer gendergerechten Sprache erfolgt sind.

Die anwesende Gleichstellungsbeauftragte Frau Ponitka macht auf einen Leitfaden für gendersensible Sprache der Stadt Lübeck aufmerksam und auf weiteres vorliegendes Material zur Thematik, das den Fraktionen zur Verfügung gestellt werden kann.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, merkt an, aus sprachästhetischen Gründen die Verwendung des Gender-Sternchens als sinnvoller anzusehen und stellt den Antrag, die Klammern im Beschlusstext komplett zu streichen.

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, legt seine persönliche Auffassung dar, es grauenhaft zu finden, wie Sprache „verhunzt“ wird. Er äußert dagegen zu sein, dass vorgeschrieben wird, wie gesprochen wird und erklärt seine Ablehnung zum Antrag.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, vertritt die Auffassung, dass sich die Verwaltung hinsichtlich sprachästhetischer Gründe bei auftretenden Unklarheiten fachlichen Rat z.B. bei der Universität „Otto von Guericke“ holen sollte. Er bezeichnet es als gut, dass die Verwaltung hier die Zeichen der Zeit erkannt hat.

Zum Änderungsantrag des Stadtrates Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, sieht es Stadträtin Schulz, Fraktion DIE LINKE, als unproblematisch an, wenn allgemeingültige Bezeichnungen gesucht werden und erklärt, mit der vorgeschlagenen Änderung mitgehen zu können.

Hinweis: Die Änderung wird als A0209/19/1 des Verwaltungsausschusses dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorgelegt.

Der Oberbürgermeister stellt den Änderungsvorschlag des Stadtrates Dr. Grube, SPd-Stadtratsfraktion, zur Abstimmung:

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses stimmen der Änderung mit 7 Ja-Stimmen, 3 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen zu.

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses empfehlen dem Stadtrat mit 9 Ja-Stimmen, 2 Nein-Stimmen und 2 Enthaltungen, den Antrag A0209/19 unter Beachtung des Änderungsantrages A0209/19/1 in seiner Sitzung am 20. 02. 2020 zu beschließen.

5.2.1. Otto meint alle - Geschlechtergerechte Sprache in der
Landeshauptstadt
Vorlage: S0471/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.3. Öffnungszeiten BürgerBüro Bördepark ausweiten
Vorlage: A0247/19

An diesem Tagesordnungspunkt der Beigeordnete für Umwelt, Personal und Allgemeine Verwaltung Herr Platz teil.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, nimmt Bezug auf die Behandlung des Antrages im Ausschuss FG und merkt an, im Ausschuss gefordertes Zahlenmaterial hinsichtlich entstehender Kosten z.B. für Personal bei erweiterten Öffnungszeiten heute erwartet zu haben. Er kritisiert, dass die zu langen Wartezeiten bei Terminvergaben im Bürgerbüro nicht bürgernah sind.

Der Beigeordnete Herr Platz bezeichnet die derzeitige Situation als nicht optimal und verweist dabei auf hierfür verantwortliche Umstände, wie z.B. die eingetretene Datenpanne. Insbesondere durch die Datenpanne ergibt sich zur Behebung der damit verbundenen Auswirkungen ein beträchtlicher Umfang an Mehrarbeit. Dies hat dazu geführt, dass die ursprüngliche Terminspanne von ca. 3 Wochen sich auf 6 bis 7 Wochen verlängert hat. Er merkt an, dass derzeit alles daran gesetzt werde, den zusätzlichen Aufwand vollständig abzuarbeiten. In diesem Zusammenhang kündigt er eine entsprechende Information zur Datenpanne an. Im Weiteren informiert er, dass im Bürgerbüro zwar alle Stellen besetzt sind, die Situation des Krankenstandes von 14 % jedoch nicht befriedigend sei. Problematisch dabei sei jedoch die die Vielzahl der Erkrankungen, sondern die Anzahl der Langzeiterkrankten. Hierzu verweist er auf das bestehende Gesundheitsmanagement, welche Möglichkeiten der Einflussnahme bei bestimmten Krankheitsbildern bietet.

Der Beigeordnete Herr Platz unterbreitet den Vorschlag, in einem halben Jahr eine Berichterstattung mit aktuellem Zahlenmaterial zum Sachstand der Bürgerbüros vorzulegen. Eingehend auf die geforderte Verlängerung der Öffnungszeiten führt er aus, dass diese ein Prozess sind, der auf den Erfahrungen der letzten Jahre beruht und sich das Bürgerbüro Süd im Bördepark daran orientiert. Derzeit werde keine Veränderung der Zeiten erfolgen.

Abschließend macht er darauf aufmerksam, dass sich die Problematik im Bereich der Organisationshoheit des Oberbürgermeisters bewegt und es somit in der Verantwortung der Verwaltung liegt, hier Regelungen vorzunehmen.

Stadtrat Meister, Fraktion GRÜNE/future!, teilt die Auffassung hinsichtlich der zu langen Wartezeiten. Er äußert seine Vorstellung, versuchsweise eine Verlängerung der Öffnungszeiten in einem Bürgerbüro vorzunehmen. Nicht verständlich sei für ihn, warum nur im Bürgerbüro Süd eine Verlängerung der Öffnungszeiten beantragt wird. Er erklärt seine Ablehnung zum Antrag. Abschließend äußert er, positiv dem Vorschlag des Beigeordneten Herrn Platz hinsichtlich einer Berichterstattung in einem halben Jahr gegenüber zu stehen.

Der Oberbürgermeister verweist darauf, dass es Beschlussfassung des Stadtrates war, mehr Digitalisierung vorzunehmen, aus der eine Reduzierung der Öffnungszeiten resultiert.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, geht auf die Ankündigung der Vorlage einer Information zur Datenpanne ein und vertritt die Auffassung, dass hier ein Abwägungsprozess erfolgen sollte. Er merkt an, hinsichtlich der Ausweitung der Digitalisierung und damit verbundener möglicher Pannen besorgt zu sein.

Stadtrat Müller hält es für wünschenswert, dass die Information nicht nur dem Ausschuss KRB sondern auch dem Verwaltungsausschuss vorgelegt wird.

Eingehend auf die Problematik des Krankenstandes in Bürgerbüros führt er aus, dass diese nicht neu sei. Er legt seinen Eindruck dar, dass sich die Situation sogar verschlimmert habe und wirft die Frage auf, was in den letzten Jahren unternommen wurde, um hier eine Eindämmung zu erreichen.

Im Weiteren hinterfragt er den Umgang mit der Situation, wenn bestimmte Fristen gemäß Meldegesetz auf Grund der langen Wartezeiten nicht mehr eingehalten werden können, damit kein Ordnungswidrigkeitsverfahren eingeleitet werden muss.

Der Beigeordnete Herr Platz versichert, dass in diesen Fällen kein Bußgeld verhängt wird.

Maßgeblich wird dabei der Tag der Anmeldung berücksichtigt.

Zur Problematik Krankenstand verweist er darauf, dass dies eine Entwicklung der letzten Jahre sei und derzeit generell ein Anstieg des Krankenstandes zu verzeichnen ist. Um dem entgegenzuwirken gibt es das betriebliche Gesundheitsmanagement mit diversen Angeboten zur Prävention. Im Weiteren sollen die Anstrengungen zur Eindämmung des Krankenstandes verstärkt werden. Hierzu wurde im vergangenen Sommer ein entsprechendes Konzept vorgelegt. Zu klären sei jedoch noch die Frage der Finanzierung.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, wirft die Frage auf, wann mit einer Besserung der Situation gerechnet werden kann. Er legt seine Auffassung dar, dass es nicht sein könne, Bürger abzuweisen, weil diese keinen Termin haben.

Der Beigeordnete Herr Platz verweist nochmals auf die bestehende Situation der Überlastung auf Grund der Datenpanne. Derzeit müssen Prioritäten gesetzt werden, bei Akutfällen werde jedoch eine Bearbeitung des Anliegens erfolgen.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, hinterfragt den Sachstand zum Standort Bürgerbüro in der Leiterstraße.

Beantwortend führt der Beigeordnete Herr Platz aus, dass die Verwaltung diesen Standort nicht beibehalten will. Hinsichtlich eines anderen Standortes werde eine Zusammenarbeit mit der Wobau erfolgen. Er kündigt an, eine entsprechende Drucksache zeitnah vorzulegen.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 3 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen und 3 Enthaltungen dem Stadtrat, den Antrag A0247/19 der Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz in seiner Sitzung am 20. 02. 2020 nicht zu beschließen.

5.3.1. Öffnungszeiten BürgerBüro Bördepark ausweiten
Vorlage: S0500/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

- 5.4. MVB stärken: Zweite/n Geschäftsführer/in (m/w/d) installieren!
Vorlage: A0152/19
- 5.4.1. MVB stärken: Zweite/n Geschäftsführer/in (m/w/d) installieren
Vorlage: A0152/19/1
-

An diesem Tagesordnungspunkt nimmt der Bürgermeister Herr Zimmermann teil.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, äußert seine Überraschung hinsichtlich der Stellungnahme der Verwaltung. Mit dem Hinweis auf die Diskussion im Verwaltungsausschuss im November 2018 legt er seine Auffassung dar, dass nichts beantragt wurde, was die Verwaltung nicht selbst hätte haben wollen.

Im Weiteren führt er aus, in den letzten Monaten nicht wenige Gespräche mit Mitarbeitern der MVB geführt zu haben, in denen Aussagen hinsichtlich bestehender Unzufriedenheit mit der betrieblichen Situation getroffen wurden. Dabei wurde auch die Meinung geäußert, dass auf oberster Leitungsebene Unterstützung erforderlich sei. Es werde nach wie vor deutlich, dass technischer Sachverstand im Unternehmen nicht im vollen Umfang gegeben ist. Stadtrat Müller wirbt um eine mehrheitliche Zustimmung zum Antrag.

Der Oberbürgermeister nimmt Bezug auf das durch den Bürgermeister beauftragte Gutachten und merkt an, dass dieses im Ergebnis zwei Varianten aufzeigt, die er beide akzeptieren kann. Über die Einstellung eines zweiten Geschäftsführers müsse jedoch der Stadtrat entscheiden. Hinsichtlich des angesprochenen fehlenden technischen Sachverstandes merkt er an, dass die MVB zwei Techniker/Ingenieure für die Baustellenbegleitung eingestellt hat. Insbesondere verweist er darauf, dass in den nächsten 10 bis 20 Jahren durch die MVB noch extrem viel gebaut wird und werden muss.

Er betont nochmals, dass eine Entscheidung durch den Stadtrat getroffen wird.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, macht darauf aufmerksam, dass, wenn im Rahmen der Diskussion nicht nur strukturelle Fragen besprochen, sondern auch über die Unternehmenssituation und die Arbeit der Geschäftsführung thematisiert wird, die Nichtöffentlichkeit hergestellt werden müsste.

Bezug nehmend auf den vorliegenden Antrag wirft er die Frage auf, ob sich auch der Aufsichtsrat der Gesellschaft mit dieser Thematik befasst habe. Er vertritt die Auffassung, dass technisches Know how vorliegt und die Gesellschaft mit der Einstellung von zwei Technikern auch bereits reagiert habe. Aus seiner Sicht habe sich damit der Antrag bereits erledigt.

Beantwortend informiert der Bürgermeister Herr Zimmermann, dass sich der Aufsichtsrat nicht mit der Thematik befasst hat, da es sich hier um eine Angelegenheit des Gesellschafters handelt. Aus Sicht des Aufsichtsrates hat die technische Verstärkung bereits Wirkung gezeigt. Er legt seine Auffassung dar, dass mit dem vorgelegten Untersuchungsergebnis umgegangen werden kann und sieht keine Erforderlichkeit für einen zweiten Geschäftsführer.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, wirft die Frage auf, wer, warum und zu welchen Kosten der beauftragte Gutachter ausgewählt wurde. Er informiert, dass sich der Betriebsrat der Gesellschaft dafür ausgesprochen hat, dem vorliegenden Antrag zu folgen. Diese Auffassung wurde auch in einem Infoblatt, das in der Gesellschaft monatlich erscheint, veröffentlicht. Er spricht sich dafür aus, dass dieses Infoblatt auch an den gesamten Stadtrat verteilt werden sollte.

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, erklärt, dass aus seiner Sicht die MVB hinsichtlich der Problematik eines technischen Geschäftsführers auf das Problem mit der Einstellung zweier technischer Kräfte reagiert habe und sieht dies als zielführend an. Die Einstellung eines zweiten Geschäftsführers hält er dagegen nicht für zielführend. Sollte sich zu einem späteren Zeitpunkt doch ein Bedarf hierfür ergeben, könne darüber zum gegebenen Zeitpunkt der Neuausschreibung der Geschäftsführerposition diskutiert werden. Stadtrat Schwenke erklärt seine Ablehnung zum Antrag.

Stadtrat Dr. Grube, SPD-Stadtratsfraktion, verweist auf die entstehenden erforderlichen Personalkosten für die neu eingestellten Kräfte. Vor dem Hintergrund der Personalkosten sieht er die Bestellung eines zweiten Geschäftsführers als schwierig an, da diese Kosten nur durch Preiserhöhungen abgedeckt werden könnten. Er richtet die Bitte an den Oberbürgermeister, in einem halben Jahr eine Information zu geben, wie sich die Situation im Unternehmen dann darstellt.

Zur Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, hinsichtlich des beauftragten Gutachters informiert der Bürgermeister Herr Zimmermann, dass die Verwaltung drei Angebote eingeholt hat und sich für das wirtschaftlichste Angebot entschieden wurde. Für die durchgeführte Untersuchung entstanden Kosten in Höhe von ca. 10 TEUR. Zur Bitte von Stadtrat Müller, Einblick in das Auswahlverfahren zu erhalten, gibt der Bürgermeister Stadtrat Müller den Hinweis, hierfür eine Terminvereinbarung vorzunehmen.

Stadträtin Linke, Fraktion GRÜNE/future!, sieht in der bisherigen Struktur der Gesellschaft eine zu große Verantwortung für nur eine Person. Langfristig sieht sie es als nicht schlecht an, einen zweiten Geschäftsführer einzustellen und spricht sich für eine Zustimmung zum Antrag aus.

Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, informiert zu Überlegungen seiner Fraktion, im Stadtrat nochmals eine Debatte zu den Problemen der MVB zu führen. Er berichtet über ihm gegebene Informationen aus dem Unternehmen, dass die Einstellung der beiden technischen Kräfte noch zu keiner Veränderung der bestehenden Situation geführt hat. Mit dem Hinweis, dass nach außen ein Signal hinsichtlich Veränderungen im Unternehmen gesetzt werden sollte, spricht er sich ebenfalls für eine Zustimmung zum Antrag aus.

Auf Nachfrage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, hinsichtlich des Einstellungstermins für die beiden technischen Kräfte informiert der Bürgermeister, dass die Ausschreibung bereits vor der Antragsstellung erfolgte und die Einstellung im Sommer 2019.

Im Ergebnis der Diskussion stellt der Oberbürgermeister den Antrag A0152/19 zur Abstimmung.

Der Verwaltungsausschuss empfiehlt mit 5 Ja-Stimmen, 7 Nein-Stimmen und 1 Enthaltung dem Stadtrat, den Antrag A0152/19 der Fraktion DIE LINKE/future! (VI. WP) in seiner Sitzung am 20. 02. 2020 nicht zu beschließen.

Eine Abstimmung zum Änderungsantrag A0152/19/1 der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen (VI. WP) erfolgte nicht.

5.4.2. MVB stärken: Zweite/n Geschäftsführer/in (m/w/d) installieren! Vorlage: S0448/19

Die Mitglieder des Verwaltungsausschusses nehmen die Stellungnahme der Verwaltung zur Kenntnis.

5.5. Stabile Preise für Bus & Bahn
Vorlage: A0156/19

vertagt

6. Verschiedenes

6.1. Plakat

Stadtrat Kumpf, Fraktion AfD, nimmt Bezug auf das im letzten Verwaltungsausschuss thematisierte Anbringen eines Plakates im Flur des Rathauses und hinterfragt das Ergebnis der avisierten Prüfung.

Den Hinweis des Oberbürgermeisters auf die seitens des Rechtsamtes erstellte Stellungnahme ergänzt der Beigeordnete Herr Platz mit der Information, dass mit diesem Plakat rechtliche Grenzen überschritten wurden und an den Oberbürgermeister die Empfehlung gegeben wurde, dass das Plakat abgehängt werden sollte.

Stadtrat Kumpf merkt an, dass das Plakat immer noch aufgehängt sei und hinterfragt, warum der Empfehlung des Gutachtens nicht gefolgt wurde.

Der Oberbürgermeister sagt zu, dass dies am Montag erfolgen wird. Das Prüfergebnis des Rechtsamtes wird allen Fraktionen zur Kenntnis zugeleitet.

6.2. Behindertenbeauftragte/r

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, verweist auf die bereits im Dezember erfolgte Verabschiedung des Behindertenbeauftragten und hinterfragt den Stand des Besetzungsverfahrens für die Position.

Die zur Sitzung anwesende Beigeordnete für Soziales, Jugend und Gesundheit Frau Borris führt aus, dass die Ausschreibung der Position bereits im Dezember erfolgte. Der bisherige Behindertenbeauftragte Herr Pischner habe sich jedoch erst spät entschieden, seine Tätigkeit zu beenden. In der kommenden Woche erfolgen die Gespräche mit den Bewerbern. Insbesondere verweist Frau Borris darauf, dass Herr Pischner seine Bereitschaft erklärt hat, auf Honorarbasis Unterstützung für die/den neue/n Behindertenbeauftragte/n zu leisten.

6.3. Albinmüllerturm

Zur Frage des Stadtrates Müller, Fraktion DIE LINKE, hinsichtlich der Gründe der fehlenden nächtlichen Beleuchtung des Albinmüllerturms sagt der Oberbürgermeister zu, dies recherchieren zu lassen.

6.4. Betriebsstättennummern

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, nimmt Bezug auf ein Schreiben des Fachbereiches 01 mit der Mitteilung, dass die Fraktionen auf Grund ihrer Arbeitgebereigenschaft Betriebsstättennummern beantragen sollen. Er hinterfragt den Grund hierfür.

Die zur Sitzung anwesende Leiterin des Fachbereiches 01 Frau Mittendorf merkt an, dass dies nicht im Zusammenhang mit der Prüfung des Landesrechnungshofes steht. Im Ergebnis einer Prüfung (Steuer/Rentenkasse) wurde festgestellt, dass bisher kleinere Strukturen mit unter der Betriebsstättennummer der Landeshauptstadt Magdeburg geführt wurden.

Alle Strukturen, die eine Arbeitgeberfunktion haben, müssen jedoch eigene Nummern beantragen und nach Beendigung der Wahlperiode wieder abmelden. Insbesondere verweist sie darauf, dass dies nicht mit Kosten verbunden sei.

6.5. Stadtwache

Stadtrat Kohl, Fraktion AfD, erneuert seine im letzten Verwaltungsausschuss gestellte Frage hinsichtlich der Zurverfügungstellung eines Ablaufplanes zur Einrichtung der Stadtwache.

Hierzu informiert der Beigeordnete Herr Platz, dass in der kommenden Woche die Vertragsunterzeichnung mit der Polizei erfolgen wird.

Der Oberbürgermeister ergänzt, dass hierzu noch eine schriftliche Information erfolgen wird. Er merkt an, dass eine Einigung hierzu mit dem Innenministerium erst kurz vor Weihnachten des vergangenen Jahres getroffen wurde.

6.6. Generalintendanz Theater

Stadtrat Schwenke, Fraktion CDU/FDP, gibt den Hinweis, dass der Intendantenvertrag im Jahr 2022 ausläuft und hinterfragt, ob es bereits Vorstellungen zum Verfahren der Neubesetzung gibt.

Der Oberbürgermeister versichert, dass definitiv alle erforderlichen Fristen eingehalten werden.

Stadtrat Müller, Fraktion DIE LINKE, informiert über ein Gespräch durch ihn als Vorsitzenden des Kulturausschusses und der stellv. Vorsitzenden Stadträtin Schumann, Fraktion CDU/FDP, mit dem Beigeordneten für Kultur, Schule und Sport hinsichtlich eines Vortrages des Deutschen Bühnenvereins zu Möglichkeiten der zukünftigen Führung eines solchen Hauses. Er sieht es als wichtig an, sich im Vorfeld der Neubesetzung der Intendanz hierüber zu informieren.

Seitens des Oberbürgermeisters wird dargelegt, die Arbeit der bisherigen Intendanz als sehr erfolgreich anzusehen und er eine Einbeziehung des Deutschen Bühnenvereins für nicht unbedingt erforderlich hält.

6.7. Baustelle Kritzmannstraße

Mit dem Hinweis darauf, dass die o.g. Baustelle bereits seit Wochen ruht, hinterfragt Stadtrat Zander, Fraktion Gartenpartei/Tierschutzallianz, die Gründe hierfür.

Der Oberbürgermeister äußert, dies nicht beantworten zu können. Diese Frage hätte besser im Ausschuss StBV gestellt werden sollen. Er verweist auf die Möglichkeit der Beantwortung, wenn die Frage im Rahmen der Stadtratssitzung gestellt wird.

Die Niederschrift erhält ihre endgültige Fassung mit Bestätigung in der darauffolgenden Sitzung.

Dr. Lutz Trümper
Vorsitzender

Andrea Behne
Schriftführerin